ONLINEKOMMENTAR
DER FREI ZUGÄNGLICHE
RECHTSKOMMENTAR

KOMMENTIERUNG ZU

Art. 11 GWG

Eine Kommentierung von Massimo Chiasera
Herausgegeben von Damian K. Graf / Doris Hutzler

Stand der Bearbeitung: 17.07.2025
PDF erstellt am: 05.10.2026
DOI: 10.17176/20250717-191103-0

ZITIERVORSCHLAG

Massimo Chiasera, Kommentierung zu Art. 11 GwG, in: Damian K. Graf/Doris Hutzler (Hrsg.), Onlinekommentar zum Bundesgesetz über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung

Kurzzitat: OK-Chiasera, Art. 11 GwG N. XXX

Art. 11 Straf- und Haftungsausschluss

[1] Wer guten Glaubens Meldung nach Artikel 9 erstattet oder eine Vermögenssperre nach Artikel 10 vornimmt, kann nicht wegen Verletzung des Amts-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnisses belangt oder wegen Vertragsverletzung haftbar gemacht werden.

[2] Dieser Straf- und Haftungsausschluss gilt auch für:

a. Finanzintermediäre, die Meldung nach Artikel 305ter Absatz 2 StGB erstatten;

b. Revisionsunternehmen, die Meldung nach Artikel 15 Absatz 5 erstatten;

c. Aufsichtsorganisationen nach Artikel 43*a* FINMAG, die Meldung nach Artikel 16 Absatz 1 erstatten;

d. Selbstregulierungsorganisationen, die Meldung nach Artikel 27 Absatz 4 erstatten.

GLIEDERUNG

I. Grundlagen und Zweck der Bestimmung 3
II. Sachlicher Anwendungsbereich des Straf- und Haftungsausschlusses 4
A. Meldung nach Art. 9 GwG 4
B. Vermögenssperre nach Art. 10 GwG 4
III. Persönlicher Anwendungsbereich des Straf- und Haftungsausschlusses 4
IV. Erfordernis des guten Glaubens 5
V. Rechtsfolgen 6
Literaturverzeichnis 7
Materialienverzeichnis 8

I. GRUNDLAGEN UND ZWECK DER BESTIMMUNG

1 Der Straf- und Haftungsausschluss gemäss Art. 11 GwG befindet sich im zweiten Abschnitt des zweiten Kapitels unter dem Titel «Pflichten bei Geldwäschereiverdacht». Trotz der systematischen Einordnung dieser Bestimmung statuiert sie keine zusätzliche Pflicht. Vielmehr handelt es sich um eine **Schutz- bzw. Entlastungsnorm** zugunsten derjenigen Personen, Gesellschaften oder Behörden, welche zwecks Bekämpfung der Geldwäscherei verpflichtet sind, eine Geldwäschereimeldung zu erstatten bzw. eine Vermögenssperre vorzunehmen.[1] Obwohl sich die Bestimmung über den Haftungsausschluss grundsätzlich auf die Tätigkeit des Finanzintermediärs bezieht, lässt die Verwendung des Wortes «wer» darauf schliessen, dass die Bestimmung nicht nur auf die Finanzintermediäre selbst, sondern auch auf deren Organe, Mitarbeitende und Hilfspersonen anwendbar ist.[2]

2 Art. 11 GwG soll gewährleisten, dass Finanzintermediäre, welche ihrer Pflicht zur Meldung verdächtigter Vermögenswerte im Sinne von Art. 9 GwG nachkommen bzw. von ihrem Melderecht nach Art. 305ter Abs. 2 StGB Gebrauch machen, **keine zivilrechtlichen Schadenersatzpflichten und/oder strafrechtliche Konsequenzen** zu befürchten haben.[3] Art. 11 GwG implementiert den von den FATF[4]-Empfehlungen geforderte Schutz[5] in Bezug auf Finanzintermediäre, welche Meldungen erstatten oder Vermögenssperren implementieren.[6]

3 Gemäss Art. 14 StGB kann das Gesetz nicht dasselbe Verhalten vorschreiben oder erlauben und es gleichzeitig unter Strafe stellen.[7] Sofern die Voraussetzungen für eine Meldung oder eine Vermögenssperre erfüllt sind, bietet Art. 14 StGB dem Finanzintermediär somit grundsätzlich **Schutz** vor Strafverfolgung, da dieser mit der Absetzung einer Geldwäschereimeldung eine gesetzliche Pflicht erfüllt bzw. ein ihm gesetzlich zustehendes Recht ausübt.[8] Mit anderen Worten hätte es angesichts von Art. 14 StGB den zusätzlichen Schutz von Art. 11 GwG für den Ausschluss von Strafbarkeitsrisiken nicht bedurft.

4 Art. 11 GwG kommt im Normengefüge auch eine gewisse **Signalwirkung** zu, zumal die Eingliederung dieser Bestimmung im Geldwäschereigesetz ein bedeutendes Zeichen zugunsten der Finanzintermediäre setzt bzw. das Bekenntnis des Gesetzgebers zu einem vertrauenswürdigen Finanzplatz unterstreicht.[9]

---

1. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 6 f.; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 6; KV-KO-Hutzler, Art. 11 GwG N. 1.
2. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 37 und N. 39.
3. Botschaft GwG 1996, S. 1134; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 2 f.; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 15 und N. 18; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 4.
4. Die Financial Action Task Force (FATF) ist eine internationale Vereinigung, die dazu dient, Massnahmen zur Bekämpfung der Geldwäscherei und zum Kampf gegen die Terrorismus- und Proliferationsfinanzierung zu entwickeln und zu fördern.
5. Die bundesrätliche Formulierung basierte auf einer entsprechenden Empfehlung der FATF: Bereits die kurz nach deren Gründung im April 1990 FATF-Empfehlungen 1990 sahen nämlich nicht nur die Einführung eines Melderechts oder einer Meldepflicht vor. Vielmehr wurden die Staaten aufgefordert, gleichzeitig gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, um die Finanzinstitute und ihre Mitarbeitenden vor straf- oder zivilrechtlicher Haftung zu schützen, sofern die Meldung in gutem Glauben erstattet wird («there should be legal provisions to protect financial institutions and their employees from criminal or civil liability for breach of any restriction on disclosure of information imposed by contract or by any legislative, regulatory or administrative provision, if they report in good faith, in disclosing suspect criminal activity to the competent authorities, even if they did not know precisely what the underlying criminal activity was, and regardless of whether illegal activity actually occurred»: FATF-Empfehlungen 1990, Nr. 16; weitgehend ähnlich auch die FATF-Empfehlungen 2003, Nr. 14(a), sowie FATF-Empfehlungen 2012, Nr. 21[b]).
6. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 16; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 1; OFK-Thelesklaf, Art. 11 GwG N. 1.
7. BSK-Niggli/Göhlich, Vor Art. 14 StGB N. 5; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N.21; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 16 f.
8. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 17; KV-KO-Hutzler, Art. 11 GwG N. 13.
9. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 18.

II. SACHLICHER ANWENDUNGSBEREICH DES STRAF- UND HAFTUNGSAUSSCHLUSSES

A. Meldung nach Art. 9 GwG

5 Unter Meldung ist die Übermittlung verdächtiger Transaktionen bzw. Geschäftsbeziehungen an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) zu verstehen. Art. 11 Abs. 1 GwG bezieht sich dabei auf Meldungen gemäss Art. 9 GwG, d.h. Meldungen im Rahmen der **gesetzlichen Meldepflicht**. Art. 11 Abs. 2 GwG klärt zusätzlich, dass derselbe Schutz gilt, wenn ein Finanzintermediär von seinem Melderecht gemäss Art. 305ter Abs. 2 StGB Gebrauch macht.[10]

6 Meldungen an **ausländische Meldestellen** sowie die Bekanntgabe von Informationen an Dritte sind vom Anwendungsbereich des Art. 11 GwG ausgenommen.[11] Der Rechtfertigungsgrund von Art. 11 GwG beschränkt sich zudem auf die Meldung an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS). Insbesondere entbindet Art. 11 GwG den Finanzintermediär nicht von der übergeordneten Pflicht zur Wahrung des Bankgeheimnisses.[12] Aufgrund allgemeiner Geheimhaltungspflichten ist es dem Finanzintermediär daher untersagt, Dritten Verdachtsmomente oder sonstige Details zu Kundenbeziehungen und/oder einer allfälligen Geldwäschereimeldung offenzulegen.[13] Schliesslich unterliegt der Finanzintermediär dem Informationsverbot gemäss Art. 10a GwG.[14]

B. Vermögenssperre nach Art. 10 GwG

7 Die Verdachtsmeldung stellt sowohl den zeitlichen bzw. chronologischen als auch den systematischen Ausgangspunkt der Vermögenssperre dar.[15] Erfasst ist die **unverzügliche Sperre**, die der Finanzintermediär aufgrund eigener Untersuchungen anordnet, welche im Kontext einer Meldung gemäss Art. 9 Abs. 1 lit. c GwG vorgesehen und zudem auf fünf Werktage begrenzt ist.[16] Des Weiteren ist auch die zeitlich nachgelagerte Vermögenssperre erfasst, welche greift, sobald die Meldestelle dem Finanzintermediär mitteilt, dass sie die gemeldeten Informationen einer Strafverfolgungsbehörde übermittelt.[17] Durch diese Regelung wird das Haftungsrisiko des Finanzintermediärs bereits deutlich reduziert.[18] Es ist sodann kaum denkbar, dass der Finanzintermediär aufgrund einer strafprozessualen Sperre, die von den Strafverfolgungsbehörden angeordnet wurde, haftbar gemacht wird.[19] Da der Finanzintermediär einer solchen Anordnung grundsätzlich Folge leisten muss, scheidet eine zivilrechtliche Haftung von vornherein aus.[20] In diesen Situationen stellt Artikel 11 GwG daher höchstens ein zusätzliches, aber grundsätzlich entbehrliches Verteidigungsargument dar.

III. PERSÖNLICHER ANWENDUNGSBEREICH DES STRAF- UND HAFTUNGSAUSSCHLUSSES

8 Nach dem Wortlaut von Art. 11 Abs. 1 GwG gilt der Straf- und Haftungsausschluss für diejenigen Personen, die eine Meldung gemäss Art. 9 GwG erstatten oder eine Vermögenssperre gemäss Art. 10

10. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 23; KV-KO-Hutzler, Art. 11 GwG N. 10.
11. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 25 f.
12. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 26.
13. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 26.
14. Schären, S. 327.
15. Schären, S. 325.
16. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 28.
17. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 29.
18. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 26.
19. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 30.

GwG vornehmen.[21] Der **Kreis der Adressaten** dieser Norm bemisst sich daher nach dem Kreis der in Art. 9 und 10 GwG zur Handlung Verpflichteten.[22]

9 Art. 11 GwG erfasst alle Personen, die in irgendeiner Weise an der Durchführung der Meldung oder Vermögenssperre **beteiligt** sind.[23] Dazu gehören insbesondere Organe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Hilfspersonen, die der Finanzintermediär zur Erfüllung seiner Aufgaben hinzugezogen hat.[24] Der Schutz erstreckt sich somit nicht nur auf den Finanzintermediär selbst, sondern auch auf dessen Organe, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Hilfspersonen, unabhängig von deren Funktion, Position oder den jeweiligen Aufgaben.[25] Sinnvollerweise sollte der Schutzbereich daher alle Personen umfassen, die gesetzlich verpflichtet oder berechtigt sind, eine Meldung abzugeben oder im Auftrag einer solchen Person tätig zu werden.[26]

10 Seit dem 1.2.2009 werden auch ausdrücklich **Selbstregulierungsorganisationen**, die gemäss Art. 27 Abs. 4 GwG Meldungen erstatten, vom Geltungsbereich von Art. 11 GwG erfasst.[27] Seit dem 1.1.2016 fallen auch Finanzintermediäre, die aufgrund einer rechtmässigen Herausgabeaufforderung gemäss Art. 11a Abs. 1 GwG oder Art. 11 Abs. 2 GwG in gutem Glauben Informationen preisgeben, unter den Straf- und Haftungsausschluss nach Art. 11 GwG.[28] Wird aufgrund der Analyse von Informationen, die von einer **ausländischen Meldestelle** stammen, erkennbar, dass diesem Gesetz unterstellte Finanzintermediäre an einer Transaktion oder Geschäftsbeziehung im Zusammenhang mit diesen Informationen beteiligt sind oder waren, so müssen seit dem 1. Juli 2021 gemäss Art. 11a Abs. 2bis GwG auch die beteiligten Finanzintermediäre der Meldestelle auf Aufforderung hin alle damit zusammenhängenden Informationen herausgeben, soweit sie bei ihnen vorhanden sind. Von Art. 11 GwG nicht erfasst wird hingegen nicht, wer weder der Meldepflicht gemäss Geldwäschereigesetz unterliegt noch das Melderecht gemäss Art. 305ter Abs. 2 StGB ausüben darf.[29]

IV. ERFORDERNIS DES GUTEN GLAUBENS

11 Der Verfolgungs- und Haftungsausschluss setzt voraus, dass die Meldung oder die Vermögenssperre in gutem Glauben erfolgt ist.[30] Die Anforderungen an den **guten Glauben** dürfen dabei nicht zu hoch angesetzt werden, um den präventiven Zweck des Geldwäschereigesetzes zu wahren und damit die Glaubwürdigkeit der Massnahmen zur Geldwäschereibekämpfung nicht zu gefährden.[31] Dabei ist es unerheblich, ob die Meldung bzw. die Verdachtsmomente, welche den Finanzintermediär zur Meldung veranlasst haben, tatsächlich begründet waren, ob die Meldung effektiv weitergeleitet wurde, ob ein Strafverfahren eingeleitet wurde und/oder ob es im allenfalls nachgelagerten Strafverfahren letztendlich zu einer Verurteilung gekommen ist.[32] Mit anderen Worten kommt der Ausschluss von Strafverfolgung und Haftung nicht nur in Fällen zur Anwendung, in denen alle in Art. 9 oder 10 GwG genannten Voraussetzungen erfüllt sind.[33] Der Ausschluss von Strafverfolgung und Haftung ist auch

20. KV-KO-Hutzler, Art. 11 GwG N. 18; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 30.
21. Siehe oben, N. 5 ff.
22. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 7.
23. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 37 ff.
24. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 37 ff.
25. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 38 f.
26. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 39.
27. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 9; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 42.
28. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 11; Schären, S. 333.
29. Schären, S. 326 *e contrario*; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 43; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 10, m.w.H.
30. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 13 f.; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 49; Herren, S. 118.
31. KV-OK-Hutzler, Art. 11 GwG N. 5; SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 14.
32. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 49.
33. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 50.

dann gerechtfertigt, wenn dies nicht der Fall war.[34] Dies gilt, wenn der Finanzintermediär zum Zeitpunkt der Meldung oder der Vermögenssperre davon ausging oder in gutem Glauben davon ausgehen durfte, dass die Voraussetzungen erfüllt waren.[35]

12 Art. 11 GwG schützt somit auch in Fällen, in denen sich nachträglich herausstellt, dass die Vermögenswerte nicht aus einem Verbrechen stammen.[36] Ebenfalls geschützt sind Fälle, in denen die rechtlichen Auffassungen unklar oder umstritten sind und der Finanzintermediär einen strengeren Massstab anwendete als die Meldestelle für Geldwäscherei oder die Strafverfolgungsbehörden.[37] An die Gutgläubigkeit des Finanzintermediärs sind allerdings **nicht allzu hohe Voraussetzungen** zu stellen.[38]

13 Art. 11 GwG ist nicht nur relevant, um festzustellen, ob überhaupt eine Meldung oder eine Sperre angeordnet werden durfte, sondern auch bei der Beurteilung, wie der Finanzintermediär den Verdacht im Rahmen der Absetzung der Meldung begründet hat.[39] Sofern er die die Verdachtsmomente nach bestem Wissen und Gewissen bzw. **sorgfältig** abgeklärt und in der Meldung festhält, kann es dem Finanzintermediär nicht zum Vorwurf gereicht werden, wenn sich diese letztlich als nicht korrekt herausstellen bzw. die Meldung nicht an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet wurde bzw. die nachgelagerte Strafverfolgung ins Leere läuft.[40]

14 Das Bundesgericht bewertet den damit verbundenen Grad der gebotenen Aufmerksamkeit nach einem **Durchschnittsmass an Aufmerksamkeit**, welches der Redliche unter den gegebenen Umständen anzuwenden pflegt, wobei auch die Verkehrsübung in der betroffenen Branche berücksichtigt wird.[41] Für die Beurteilung, ob der Finanzintermediär die geforderte Aufmerksamkeit beachtet hat, ist nicht nur der zum Zeitpunkt der Meldung bzw. der Vermögenssperre geltende rechtliche Rahmen zu berücksichtigen, sondern auch die in der Finanzbranche herrschende Verkehrsübung oder aufsichtsrechtliche Vorgaben.[42]

15 Der gute Glaube muss zum **Zeitpunkt der Meldung** bzw. der Vermögenssperre vorliegen.[43] Fällt der gute Glaube nach dem Einreichen der Meldung oder nach der Aufhebung der Vermögenssperre weg, so ist dies grundsätzlich irrelevant.[44] Der Haftungsausschluss gilt dennoch.[45] Im Zusammenhang mit Art. 11 GwG hat sich der Richter insbesondere in die *ex ante* Situation des Finanzintermediärs zu versetzen, d.h. er hat nur die Informationen zu berücksichtigten, welche dem Finanzintermediär im Zeitpunkt der Meldung zur Verfügung standen.[46]

V. RECHTSFOLGEN

16 Art. 11 GwG befreit Personen, die Meldungen nach Art. 9 GwG erstatten oder Vermögenssperren gemäss Art. 10 GwG durchführen, von **zivil- und strafrechtlicher Verantwortlichkeit**, da diese

34. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 59 ff.
35. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 59 ff.
36. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 50 ff.
37. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 50.
38. OFK-Thelesklaf, Art. 11 GwG N. 2; KV-KO-Hutzler, Art. 11 GwG N. 5; Lengauer/Ruckstuhl, Compliance, N. 751.
39. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 14 ff.
40. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 18.
41. BGE 113 II 397, E. 2b.
42. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 69.
43. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 77 ff.
44. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 77.
45. BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 77.
46. CR-Bovet/Bacharach, Art. 11 GwG N. 27.

Personen «nicht wegen Verletzungen des Amts-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnisses belangt» oder «wegen Vertragsverletzung haftbar gemacht werden können.»[47]

17 Nicht abschliessend geklärt ist, ob der Strafausschluss von Art. 11 GwG trotz seines auf Geheimnisschutzpflichten beschränkten Wortlauts auch für Art. 173/174 StGB (Ehrverletzungsdelikte), Art. 303 StGB (falsche Anschuldigung) und Art. 304 StGB (Irreführung der Rechtspflege) gelten soll.[48] Eine Strafbarkeit dürfte jedoch auch diesbezüglich ausser Betracht fallen, sofern der Finanzintermediär beim Erstatten der Meldung die **gebotene Sorgfalt** walten lässt und nicht bewusst ehrverletzende und falsche Informationen in seiner Meldung inkludiert.[49] Sodann dürfte sich der Finanzintermediär in diesem Zusammenhang auch auf den Rechtfertigungsgrund von Art. 14 StGB berufen können: Demnach wird nicht bestraft, wer eine Handlung vornimmt, die ein Bundesgesetz gebietet. Eine zu enge Beschränkung der Anwendbarkeit von Art. 11 GwG auf Geheimnisschutzpflichten würde dem Zweck von Art. 11 GwG entgegenstehen. Entsprechend sollte ein in gutgläubiger Ausübung der Meldepflicht von Art. 9 GwG handelnder Finanzintermediär gestützt auf Art. 11 GwG von einer Strafbarkeit wegen Ehrverletzungsdelikten, falscher Anschuldigung sowie Delikte gegen die Rechtspflege befreit sein.[50]

LITERATURVERZEICHNIS

Herren C. Nicolas, L'obligation de communiquer: Les "soupçons fondés" de l' art. 9 LBA, SJ 2019 II, S. 107 ff.

Hürlimann-Kaup Bettina, Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Einleitungstitel des ZGB in den Jahren 2014 bis 2017 (2/2), ZBJV 155 (2029), S. 110 ff.

Hutzler Doris, Art. 11 Straf- und Haftungsausschluss, in: Ackermann, Jürg-Beat (Hrsg.), Kommentierung zu Kriminelles Vermögen – Kriminelle Organisation – Band II, Zürich 2018 (zit. KV-KO-Hutzler).

Lengauer Daniel/Ruckstuhl Lea, Recht für die Praxis, Compliance, Zürich 2017, S. 301 ff.

Luchsinger Roland J, Kommentierung zu Art. 11 GwG, in: Kunz Peter V./Jutzi Thomas/Schären Simon (Hrsg.), Geldwäschereigesetz, Stämpflis Handkommentar, Bern 2017.

Naef Francesco/Calvarese Daniele, I chiarimenti complementari nella lotta antiriciclaggio, NF 9 (2022), S. 488 ff.

Niggli Marcel/Carola Göhlich, Kommentierung zu Art. 14 StGB, in: Niggli Marcel Alexander/ Wiprächtiger Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz, Basel 2021.

Porpiglia Gianni/Kunz Oliver M., Kommentierung zu Art.11 GwG, in: Peter Ch. Hsu/Daniel Flühmann (Hrsg.), Basler Kommentar zum Geldwäschereigesetz, Basel 2021 (zit. BSK-Porpiglia/Kunz).

Schären Simon, Die Vermögenssperre als Instrument der Geldwäschereibekämpfung, GesKR 2018, S. 322 ff.

Strasser Othmar, Aufsichts- und verwaltungsstrafrechtliche Verantwortlichkeit bei Gremienentscheidungen in der Geldwäschereibekämpfung von Banken, SJZ 118 (2022), S. 691 ff.

47. SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 19; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 80.
48. Befürwortend: SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 21; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 95.
49. Siehe oben, N. 15.
50. Zustimmend: SHK-Luchsinger, Art. 11 GwG N. 21; BSK-Porpiglia/Kunz, Art. 11 GwG N. 95.

Strasser Othmar, Die Geldwäscherei-Strafbestimmung von Art. 305bis StGB als Schutznorm für geschädigte Anleger? in: Cavallo Angela et al. (Hrsg.), Liber Amicorum für Andreas Donatsch: Im Einsatz für Wissenschaft, Lehre und Praxis, Zürich 2012, S. 867 ff.

Thelesklaf Daniel, Kommentierung zu Art. 11 GwG, in: Thelesklaf Daniel/Wyss Ralph/Van Thiel Mark/Ordolli Stiliano (Hrsg.), GwG/AMLA, Orell Füssli Kommentar, 3. Aufl., Zürich 2019.

MATERIALIENVERZEICHNIS

Botschaft zum Bundesgesetz zur Bekämpfung der Geldwäscherei im Finanzsektor (Geldwäschereigesetz, GwG) vom 17.6.1996, BBl 1996 III 1101 ff., abrufbar unter https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/1996/3_1101_1057_993/de, besucht am 11.7.2025 (zit. Botschaft GwG 1996).